

Reiches führen sollte. Die systematische Herrschaft Deutschlands durch Frankreich hat aber, wie Ritti ausführt, keinen anderen Erfolg gezeitigt, als die europäische Wirtschaft aus allen Augen zu bringen und neue Krisen zu durchdringen. Kriegen und Revolutionen zu schaffen. Das in Europa noch keine neuen Kriege ausgetragen ist, ist nur auf die völlige Erfüllung aller Völker zurückzuführen, nicht aber auf Blaumans Jänschhoff, den die französische Politik seit 1918 überall angehauft hat. Europas Konsistenz ist schwer, seine Finanzen sind zerstört, seine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung durch den Friedenszustand auf lange Zeit hinzu gelähmt. In diesem Europa herrscht nur eine grenzenlose Macht- und Raubgier all der Großen und Kleinen, die von Frankreich gelernt haben und es ihrem Vorbild gleichstehen wollen. So schwächt Europa durch Frankreichs Schule in ständiger Besatzung die eine ruhige Fortentwicklung und eine Wendung zum Besseren unendlich macht. „Vom Balkan“, sagt Ritti, „ging der Weltkrieg aus und nach Balkangrundlagen und -absichten wurde der Friede gemacht; kein Wunder, daß Europa fortwährt, sich zu einem größeren Balkan herabzusinken.“

Und warum dies alles? Weil Frankreichs Habucht noch immer nicht befriedigt ist, weil Frankreich weder auf seine Verbündeten noch auf andere Völker Rücksicht nehmen kann in seinem Streben, seine Macht immer weiter auszubauen, zur Herrschaft in Europa. Nun kommt darüber: Die Kontrolle über Europa, die Frankreich anstrebt, in der ausdrückendste Raum, den ein modernes Machtwort jemals erlangt hat. Er geht weit über das Programm hinaus, das von den Abshauern Deutsches und Kaiser Wilhelm II. unterschrieben war. Der Kaisers Plan war nobelhaft und er sprach sich darüber widerstreitend und in roher Form aus; Frankreich aber, das sich nie als den Vertreter der Demokratie hinstellt, tut jetzt was niemals ein Diktatorvölkli zu tun wagte. Auch Ritti weiß, daß das Streben Frankreichs nach der Herrschaft über

Europa Jahrhunderte alt ist und zeigt in glänzender Beweisführung, daß nicht Deutschlands, sondern Frankreichs Kriegsgeist es war, der immer wieder neue Kriege über Europa gebracht hat und dieses Land in den letzten drei Jahrhunderten bedeutend mehr Kriege geführt hat als alle anderen Länder der Erde. Allen, die an die Präzision der französischen Staatsmänner während des Krieges glaubten und von dem heutigen Frankreich nach dem Friedensschluß eine andere Politik erwarteten, zeigten die Vorgänge von 1918/19, daß Frankreich sich niemals ändert. Der Waffenstillstand verlängerte alle während des Krieges feierlich verkündeten Grundätze, und der Friede ist, wie Ritti sagt, „nicht nur im Geiste des Hasses und der Friedenseinfühlung abgeschlossen, sondern mit seinen Bestimmungen über die Reparationen geradezu eine Zusammensetzung sämtlicher möglichen Arten und Methoden des Raubes“. Die Weise, die Frankreichs Politik nach dem Krieg — Deutschland wie den Entente-Staaten gegenüber — einschlägt, hat, zeigen die ungeheure Gefahr, in der Europa schwelt. Und nachdem alle die diplomatischen Noten, Versprechen, Konferenzen und Kongresse, die eine Besserung bringen sollten, zur endgültigen Bankrotterklärung der europäischen Politik geworden sind, steht Ritti nur noch eine Möglichkeit, die Katastrophe von Europa abzuwenden: das Eingreifen Amerikas.

Nur die Vereinigten Staaten, meint Ritti, hätten die Möglichkeit, Frankreich zugleich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet beizutreten, seine Politik zur Umkehr zu bringen und Europa den Frieden zu geben, den Wilson im Namen des ganzen amerikanischen Volkes versprochen hat und den die Vereinigten Staaten dann durch ihr Auscheiden aus Europa und der Reparationskonferenz unmöglich gemacht haben. Ritti erinnert daran, daß Amerika in einer Viele verantwortlich für den Frieden und alles Unrecht, das nach dem Friedensschluß in Europa begangen wurde und fügt hinzu,

dab ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nicht allein eine Notwendigkeit für Europa sei, sondern auch im Interesse Amerikas selbst liege, da dieses nicht ruhig zusehen könne, wenn sein bester Abnehmer, der Europa noch lange bleiben wird, durch die Politik Frankreichs dem Chaos anheimfällt. Dies ist zweifellos die schwächste Stelle des bedeutsamen Werkes. Ritti sieht den Herren des Dollars und der Welt mit wirtschaftlichen Gründen beizutreten, weil er die Abneigung der Amerikaner gegen neue europäische Abenteuer kennt und weiß, daß Amerika niemals Europas wegen, vielleicht nicht einmal um eigener politischer Interessen willen nochmal nach Europa ginge, so lange nicht wirtschaftliche Bevölkerungsinteressen der Union auf dem Spiele stehen. Unter den obwaltenden Umständen würde eine Revision des Friedensvertrages und Aufgabe der Reparationspolitik den Interessen der Vereinigten Staaten direkt zuwiderlaufen, denn solange die Verbündeten und insbesondere Frankreich den Amerikanern ungezählte Milliarden schulden, ist Amerika indirekt auch an die Reparationspolitik gebunden und wird trotz aller schönen Präzisen Frankreich niemals in den Arm fallen, wenn dieses sein „Guthaben“ von Deutschland entzieht, weil die Amerikaner darin die einzige Möglichkeit sehen, ihr Geld von Frankreich zu erhalten. Das hat uns der Dawes-Plan und die Londoner Konferenz zur Genüge bewiesen und auch Ritti hat inzwischen eingesehen, daß an ein Eingreifen Amerikas in Europa nicht zu denken ist. Dies zeigt eine Unterredung, in welcher der italienische Staatsmann dem Vertreter eines großen deutschen Platzes erklärte: „Europa muß die Kraft in sich selbst finden. Deshalb müssen wir selbst für den Frieden arbeiten, d. h. es müssen zuerst die Gründe der Konflikte entfernt werden, dann wird man daran denken können, zusammen und einander gegenseitig die Ordnung der bestehenden Dinge zu garantieren. Vorher ist alles unnötig.“

Der Weltfriedenkongress.

Ein Empfangsabend.

Berlin, 5. Okt. Am Abend des 23. Weltfriedenkongresses stand heute ein Empfangsabend im Palais Prinz Leopold statt, zu dem unter mehreren deutschen Wahlen, wie Professor Süddeutsche, Professor Schäffling, Prinz Max von Sachsen und Dr. von Kreisler, auch Senator Vaillant, Professor Buisson und Barthélémy erschienen waren. Auch das Auswärtige Amt und die Presseabteilung des Reichsregierung waren vertreten. In seiner Begrüßungsrede betonte Professor Süddeutsche u. a., daß die deutschen Pazifisten früher gegen die Neutralität für die Minderheiten in Deutschland eingingen, das jetzt aber die Minderheitensorge im wesentlichen eine deutsche Frage geworden sei und daß die deutschen Pazifisten jetzt für den Zweck dieser deutschen Minderheiten in den Nachbarländern vor allem im Osten einzutreten hätten, das sie aber überzeugt seien, mit den Pazifisten in diesen Ländern sich über die betreffenden Fragen leicht zu verständigen.

Im Namen der Stadt Berlin begrüßte Oberbürgermeister Höß den Kongress, den er eine *Unिट* ersten Ranges nannte.

In sehr temperamentvollen Anschriften, oft von Beifall unterstrichen, betonte Präsident Marcelle Cappi als Vertreter des internationalen frankenfür Frieden und Freiheit, daß Frankreich nicht das Vorsitz der Senator sei, sondern daß das eigentliche Frankreich, die Verteidigung, republikanisch und pazifistisch diente.

Reichstagsabgeordneter Erkelens betonte im Namen der Demokratischen Partei den Kongress. Im Namen der Elgen für den Völkerbund sprach Überregierungsrat Dr. Simons, der u. a. betonte, daß der pazifistisch sei, auch für den Völkerbund sein müsse, und umgekehrt, wer für den Völkerbund sei, auch pazifistisch sein müsse. (W.T.B.)

Wird Basch in Potsdam sprechen?

Berlin, 5. Okt. Das Staatsministerium des geplanten Vertrags des französischen Professors Pierre Basch in Potsdam ist fraglich geworden. Das Konservativen, das den Saal unter ganz anderer Voranzeigung zur Verflüchtigung gestellt hatte, es war gelangt werden, daß ein Überpostinspektor einen Posttag halten würde — hat die bereits bezahlte Saalmiere an die Stadt für den Weltfriedenkongress zurückgezahlt und erklärt, daß für den heutigen Abend der Saal nicht hergerichtet werde. Die Stadt schaut also sich hier einer Täuschung bedient zu haben. Die Veranstalter wollen die Versammlung mit dem Vorstand Basch aber dennoch fortsetzen lassen, und zwar im Gewerkschaftshaus, dessen Saal allerdings nur 200 bis 300 Personen füllt. Anderer Basch wird auch der frühere Reichsstaatspräsident Voß sprechen. In Potsdam wird übrigens ziemlich allgemein es als eine Provokation empfunden, daß angesetztes Potsdam mit seinen monarchischen Traditionen für diese Versammlung in Aussicht genommen ist. Man meint, daß Professor Basch in Berlin genauso Gelegenheit haben könnte, öffentlich zu sprechen. Von der Potsdamer Polizei sind alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Das Arbeitslosenproblem vor dem sozial-politischen Kongress.

Paris, 5. Okt. Auf der achten Plenarsitzung des Internationalen Kongresses für Sozialpolitik begann die Debatte über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Delegierter Lazarus-François führte aus, der Abbau alter Föhlungen und Hindernisse wäre einer der sichersten Wege zur Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen. Delegierter Weiß, Regierungsrat Dr. Strupz-Deutschland vertritt darauf, daß in Deutschland schon seit langen Jahren eine Erwerbslosenversicherung bestünde, die wohl bald in eine Arbeitslosenversicherung übergehen werde. — Delegierter Binois-Belgien erklärte, im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit bildeten die Gemeinden ein wichtiges Organ. Als ein glänzendes Beispiel hierfür führte der Redner das Bauprogramm der Gemeinde Wien an. — Delegierter Giesbertz-Denmark wandte sich gegen den Pessimismus, der den Arbeitern auf diesem Gebiete einen Erfolg abwirkt.

Am Ende der Nachmittagssitzung sprach zunächst Delegierter Dr. Lazarus-Slowake, der das Vorgehen des Präsidiums kritisierte, welches ihm, dem Vertreter von Millionen Slowenen, nicht das Wort erlassen wollte, angeblich deswegen, weil er eine politische Rede zu halten beabsichtigte. Nedner erklärte die Anschauungen der slowenischen Volkspartei betreffend die Selbständigkeit der Slowenen, und bildete die Arbeitslosigkeit in der Slowakei. Er zeigte dann seine Rede in deutscher Sprache fort und wurde, als er auf die Selbständigkeit der slowenischen Nation zu sprechen kam, vom Vorstand Thomas unterbrochen, der ihm das Wort entzog, weil der Delegierte trotz seiner feierlichen Erklärung innere Angelegenheiten eines Staates besprochen habe, die die freien Kongressteilnehmer nicht beurteilen könnten.

Die Resolution über den Abstandstag wurde unter dem Beifall des ganzen Kongresses einstimmig angenommen. Die Resolution über die Betriebsräte wurde mit 21 gegen 21 Stimmen und die Resolution über die Arbeitslosigkeit einstimmig angenommen. (W.T.B.)

Deutschlands Böllerbundesbeitritt.

Genf, 5. Okt. „Journal de l'Europe“ erläutert: Man glaubt im Generalsekretariat des Böllerbundes, daß Deutschland im Monat Dezember in den Böllerbund aufgenommen werden wird. Demnach werde für den 10. Dezember eine vier bis fünftägige Spezialtagung zu diesem Zweck einberufen werden, zu der jeder Böllerbundestaat nur einen Vertreter entsenden wird. Die Versammlung wird im Sekretariat abgehalten werden.

Diese Meldung würde die bereits am Schlusse der Generaltagung entstandenen Befürchtungen bestätigen, die die zahlreichen Delegierten des deutschen Gesandtschafts in Bern, Dr. Müller, als im Auftrag des Reichskanzlers Marx bei dem Generalsekretär des Böllerbundes, Dr. Dumont, und bei dem Präsidenten Motta bezeichneten. In dieser Versammlung sollen von deutscher Seite auch der Vertreter des Dr. Müller, der Abgeordnete Dr. Breitscheid, und Graf Harrer Kestler, der als Vertrauensmann des Außenwirtigen Amtes auftrat, mitwirkt haben.

Regiewirtschaft.

Zum Mainzer Unglück.

Frankfurt, 5. Okt. Gegenüber der Darstellung der französischen Regierung über das Eisenbahnunfall in Mainz veröffentlicht die „Frank. Zeit.“ eine ihr von bahntechnischer Seite zugegangene Mitteilung, in der es u. a. unter Hinweis auf die Betriebsvorstände heißt, daß die Verantwortlichen für die Abschaffung des Personenzugs in dem betroffenen Straßenbahnwagen aller der Fahrdienstleiter und der Aufsichtsbeamte im Mainzer Hauptbahnhof gescheitert sind. Auch der französische Fahrdienstleiter in Mainz Süd dürfte nicht ohne Schuld sein. Wenn die französischen Zügelübersetzer an dem Altersaufschlag vorübersehen, dafür aber immer wieder das Zugpersonal, das deutsch ist, in den Bordgründen schicken, so gibt es dafür nur die eine Erklärung: man müsse in der Geschäftlichkeit den Eindruck erwecken, daß der Zusammenhang mit seinen schweren Folgen von deutschen Beamten verschuldet worden ist.

Die Zeitung eines längst als alt geltenden auf freier Strecke laufenden Zuges hat nicht, wie die Franzosen behaupten, mit roter Farbe, sondern durch Mainz Süd zu gelangen. Letztere werden aber nur in den seltensten Fällen in einem Regierung zu finden sein.

Waren doch sogar die Verbandsfästen in Mainz Hauptbahnhof und Mainz Süd, wie sich bei dem Unfall herausstellte, vollkommen leer!

Entgegen den französischen Berichten hat niemand vom deutschen Zugpersonal sich der Vernehmung zu entziehen versucht, vielmehr stand sie bereit am Hause und den folgenden Tagen vernommen wurden. Nur hat das deutsche Personal sich geweigert, was auch durchaus verständlich und richtig ist, daß französisch (?) abgefaßte Protokoll zu unterschreiben, da es nicht in deutscher Sprache vorgelesen wurde. (W.T.B.)

Die Mainzer Verleihen.

Mainz, 6. Okt. Am Mittwochabend befanden sich noch 11 Berichte. Man hofft, daß alle Berichte am Leben bleibten. Ein Teil der Berichte konnte die Weiterreise antreten. Die bisherigen Ermittlungs- und Vernehmungsaufgaben von der französischen Kriminalpolizei den deutschen Behörden übergeben worden.

Domergue kündigt scharfe Steuermahnahmen an.

Paris, 6. Okt. Anlässlich einer Automobilausstellung land gestern in Paris ein Konsultat statt, dem außer dem Präsidenten der Republik auch Herrero und seit kürzlich in Paris weilende Minister beihatten. Präsident Domergue hielt eine Rede, in deren Verlauf er sich mit der Finanzsituation beschäftigte. Sie haben, erklärte er, zuviel Geschäftslinie, um sich nicht darüber klar zu sein, daß die Krise des öffentlichen Kreises notwendigerweise die Krise des Privatkredites beeinflussen muss, und daß in einem Staat mit unsicheren Finanzen die Industrie und der Handel behindert, wenn nämlich in ihrer Initiative aufgehoben werden. Um das zu verhindern, ist in erster Linie notwendig, eine Politik anerblicher Maßnahmen, welche von den Steuerzahler vorliegt fordert. Sie werden übrigens als Einschätzung für diese Zölle durch die Wiederherstellung des Kredites Frankreichs Vorteile erlangen, was aber eben nur möglich ist, wenn konkrete Maßnahmen unternommen werden, um unser Budget erheblich auszuleichten. (W.T.B.)

Barthou künftiger Außenminister.

Paris, 6. Okt. Der Minister für die besetzten Gebiete hat in einer gestern gehaltenen Rede mitgeteilt, daß die französische Regierung entschlossen sei, im nächsten Jahre eine große Menge für die Wiederaufbauarbeiten aufzunehmen, um hierdurch monatlich 200 Millionen Bargeld für Wiederaufwände zu erhalten. — Eine von Barthou im Département Pyrenäen gehaltene Rede wird dahin ausgedehnt, daß eine Erweiterung des Kabinets Herricot nach rechts bevorstehe, so daß Barthou wahrscheinlich als Außenminister in das Kabinett treten werde.

Ueranger Ribot gestorben.

London, 6. Okt. Blättermeldungen aus Konstantinopel aufzeigen, daß der französische Vertreter der Meerengenkommission und frühere Ministerpräsident Alexander Ribot im Alter von 81 Jahren gestorben. (W.T.B.)

Zum Kampf gegen die Kriegsschuldenlüge.

Die Deutsche Adelsgenossenschaft erläutert folgende Grundgebote:

„Es besteht bei uns heute kein Zweifel darüber, daß die Lüge von der Schulden Deutschlands am Kriege die legitime Ursache des Unfriedens, der Not und des Elends ist, unter dem dem deutsche Volk namenlos leidet. Wenn trotzdem keine der deutschen Regierungen nach der Revolution es gewagt hat, das erprobte Schuldenbekennnis zu widerrufen, so war dafür nicht mangelnde Erkenntnis, sondern Mangel an Mut die Ursache. Aus dem gleichen Grunde ist die gegenwärtige Reichsregierung vor einem Stirnunzen der französischen Machthaber aufzutreten, namentlich sie bereits einen öffentlichen Widerruf des Kriegsschuldenbekennnisses der Presse übergeben hatte. Gegen den Sturm der Entrüstung, der durch das ganze nationale deutsche Volk bricht, glaubt sie sich führen zu können, indem sie die Notifizierung der Kriegsschuldenklärung zwar verspricht, aber bis auf den geeigneten Zeitpunkt, von dem man nicht weiß, ob er bei dieser Regierung je kommen wird, verzögert. Wir erheben höchsten Einfluß gegen diese Politik der Schwäche und Willkürlosigkeit, der Unentschlossenheit und Unehrlichkeit. Sie muß uns im Auslande wie im Innern schwersten Schaden auflügen, da sie den Eindruck der Unsicherheit in einer Krise erweckt, über die es nicht zweierlei Meinungen geben kann, zudem im Innern den so dringend notwendigen Zusammenfluß der auf nationalem Boden befindenden Staatsbürgern zu gemeinsamer Arbeit verhindert. Wie erwarten, daß nunmehr unverzüglich die vom Reichsfinanzamt selbst vor kurzem als unaufleidbar gekennzeichnete Notifizierung der Kriegsschuldenklärung erfolgt. Deutsche Adelsgenossenschaft. Der Adelsmarschall v. Berg, Marlienen.“

Denkschrift über die Umsatzsteuerung.

Berlin, 6. Okt. Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzsteuerung Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bislang deutschen Umsatzsteuerung seit 1918. Das deutsche System ist auf dem Grundsatz der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daraus seien als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer.

Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gerüttelte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Belastung der Ausfuhr, beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ansichtlicher Stellungnahme zu diesen Problemen kommt die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den bestehenden Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden kann und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteuermessens für die deutschen Dienstleistungen nicht ratsam sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmäßliche Senkung des Umsatzsteuerzahles behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigens bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September 1923 begonnene Senkung fortgeführt werden könnte, hängt eng mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

Die Voruntersuchung gegen Loeb eröffnet.

Weimar, 6. Okt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Staatsgericht die Voruntersuchung gegen den geweihten 27-jährigen Präsidenten der Thüringer Staatsbank Loeb eröffnet wegen fortgleichenden Vergehens nach §§ 22, 131 und 274 des Reichsstrafgesetzbuches.

„Er redet zu viel.“

Rom, 6. Okt. Mussolini's gestrige Rede in Mailand in der er u. a. noch die Gründung dreier neuer Universitäten in Mailand, Vlorenza (1) und Varese (2) und Varese (3) und Varese (4) und Varese (5) und Varese (6) und Varese (7) und Varese (8) und Varese (9) und Varese (10) und Varese (11) und Varese (12) und Varese (13) und Varese (14) und Varese (15) und Varese (16) und Varese (17) und Varese (18) und Varese (19) und Varese (20) und Varese (21) und Varese (22) und Varese (23) und Varese (24) und Varese (25) und Varese (26) und Varese (27) und Varese (28) und Varese (29) und Varese (30) und Varese (31) und Varese (32) und Varese (33) und Varese (34) und Varese (35) und Varese (36) und Varese (37) und Varese (38) und Varese (39) und Varese (40) und Varese (41) und Varese (42) und Varese (43) und Varese (44) und Varese (45) und Varese (46) und Varese (47) und Varese (48) und Varese (49) und Varese (50) und Varese (51) und Varese (52) und Varese (53) und Varese (54) und Varese (55) und Varese (56) und Varese (57) und Varese (58) und Varese (59) und Varese (60) und Varese (61) und Varese (62) und Varese (63) und Varese (64) und Varese (65) und Varese (66) und Varese (67) und Varese (68) und Varese (69) und Varese (70) und Varese (71) und Varese (72) und Varese (73) und Varese (74) und Varese (75) und Varese (76) und Varese (77) und Varese (78) und Varese (79) und Varese (80) und Varese (81) und Varese (82) und Varese (83) und Varese (84) und Varese (85) und Varese (86) und Varese (87) und Varese (88) und Varese (89) und Varese (90) und Varese (91) und Varese (92) und Varese (93) und Varese (94) und Varese (95) und Varese (96) und Varese (97) und Varese (98) und V